

Ausgabe 4

Mai 2010



der Informationsdienst der SPD
für den Düsseldorf Bundestagswahlkreis 108

„Sie haben
geschwankt,
wie ein Rohr im
Wind“

Frank Walter
Steinmeier am
05.05.2010 in
seiner Antwort
auf die
Regierungser-
klärung von
Bundeskanzlerin
Merkel zur
Griechenland-
Hilfe.

Artikelübersicht:

Griechenland-Hilfe 2

Zukunftswerkstatt

Deutschland 3

Reform

der Jobcenter 5

Namen,

Daten & Fakten

2. ÖKT 6

**Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Genossinnen und Genossen**

Nun sind es nur noch wenige Tage bis zur Landtagswahl. Und alles ist drin. Die jüngsten Umfrageergebnisse gehen von einer Pattsituation zwischen SPD und CDU aus. Wer hätte das noch vor einem halben Jahr gedacht? Die SPD hat sich nicht selbst zerfleischt, sondern einen ambitionierteren Erneuerungskurs von der Bundesebene über die Länder, bis auf die Ortsebene hin begonnen.

Wir haben unsere Fehler erkannt und sind dabei, uns wieder stärker inhaltlich zu positionieren. Das bringt uns verloren gegangenes Vertrauen zurück und stärkt uns. Das haben wir bei vielen Veranstaltungen in den letzten Wochen auch in Düsseldorf feststellen können. Sei es bei der Bildungsveranstaltung mit der ehemaligen Schulministerin Ute Schäfer, mit dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Martin Schultz, beim Wahlkampfauftakt der NRW SPD in der Philipphalle, bei der Veranstaltung mit Parteichef Sigmar Gabriel und Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach...und natürlich bei all den Veranstaltungen -und es waren viele- bei denen Hannelore Kraft unsere Kandidaten in Düsseldorf unterstützte. Ihnen allen sei ganz besonders gedankt.

Herzlich danke ich auch denen, die jeden morgen Frühverteilungen an den Bahnhöfen und vor Betriebseingängen machten, die an allen Wochentagen Infostände aufbauten und nie müde wurden, die vielen Fragen zu beantworten. Sie und wir alle wollen, dass Dirk Jehle, Jürgen Büssow, Karl-Heinz Krems und Markus Weske in den Landtag einziehen! Dafür kämpfen wir bis Sonntagabend. Denn:

Es sind gute Wochen, die hinter uns liegen. Und es soll ein guter Sonntag sein, der vor uns liegt.

Helfen Sie bitte alle mit, dass uns dieser Regierungswechsel gelingt. Nicht um unserer Selbst willen, nicht für die SPD. Sondern für unser Land und die Menschen, die hier an Rhein und Ruhr und auch an der Düssel, der Wupper und der Lippe leben.

**WIR in NRW wollen,
dass Hannelore Kraft Ministerpräsidentin wird.**

Sie wird unserem Land gut tun.

Es grüßt Sie herzlichst

Umgang mit der Krise:

„Nackte Kreditermächtigung“ reicht nicht

Lange hatte die Kanzlerin gezögert, nun soll Deutschland über 22 Mrd. Euro am europäischen Rettungspaket für Griechenland tragen. Am Mittwoch warb Angela Merkel im Bundestag um Unterstützung der Opposition für ihre Politik. Zu einer "nackten Kreditermächtigung" werde die SPD aber keine Zustimmung geben, stellte Frank-Walter Steinmeier in seiner Antwort auf die Regierungserklärung klar – und forderte eine grundsätzliche Regulierung der Finanzmärkte.



Insgesamt 110 Milliarden Euro soll das Hilfspaket für Griechenland umfassen. Davon tragen die Euro-Staaten 80 Milliarden, 30 Milliarden kommen vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Anteil Deutschlands soll bis zu 22,4 Mrd. Euro betragen. Der Euro stehe am Scheideweg. "Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft Europas", warb die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung um Zustimmung des Parlaments für die Kreditbürgschaften.

Schwarz-Gelb vor der NRW-Wahl: "Verschieben, verschleiern, schönreden"

Dabei hatte Angela Merkel selbst die Situation mit ihrer Politik in den vergangenen Wochen verschärft. Mangelnde Führung in der Griechenland-Krise warf der SPD-Fraktionsvorsitzende der Kanzlerin und ihrem Vize-Kanzler Guido Westerwelle vor. Die Bundesregierung habe zu spät und zu zögerlich gehandelt. Durch "verschieben, verschleiern, schönreden" habe sich Schwarz-Gelb über die Landtagswahl in NRW retten wollen. Deutschland, so Steinmeier, habe damit viel Ansehen in Europa verspielt.

"Monopoly gegen Staaten" beenden

Zudem will die SPD nicht lediglich Symptome bekämpfen, sondern an die Ursachen ran, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt. Die Zustimmung der SPD zu einer "nackten Kreditermächtigung" werde es nicht geben, betonte daher der SPD-Fraktionsvorsitzende. Die sei "keine angemessene Antwort auf die Bedrohung". Zur Krisenbewältigung gehöre eine grundsätzliche Regulierung der Finanzmärkte, damit künftig Banken nicht wieder "Monopoly gegen Staaten spielen" könnten. Mit den Banken müssten die Verantwortlichen für die Krise verbindlich zur Überwindung der Folgen herangezogen werden, forderte Steinmeier – unter anderem durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Materialien zum Thema unter www.spd.de

- [Video: Rede des Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Aktuellen Stunde zu den Griechenland-Hilfen am 5.05.2010](#)
- [Beschluss des SPD-Präsidiums für die Gespräche mit der Bundesregierung zum deutschen Beitrag zur Stabilisierung des Euros und Griechenlands](#)
- [SPIEGEL: Namensbeitrag von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück zu den Lehren aus der Griechenland-Krise](#)

„Die Finanztransaktionssteuer ist überfällig. Zur Finanzierung von Bildung, zur Unterstützung der Kommunen und für die Erreichung der Entwicklungsziele weltweit.“
Karin Kortmann



Moderne Politik. Konzepte für morgen.

Für ein faires Deutschland, in dem jede und jeder gebraucht wird. Politik, die Wohlstand sichert und Solidarität stärkt.

Das ist die Herausforderung, der sich die SPD stellt. Und Diskussionen in geschlossenen Zirkeln reichen dafür nicht aus. Die besten Antworten können nur gemeinsam gefunden werden. Im intensiven Austausch, im Dialog mit Vereinen, Verbänden, mit Gewerkschaften und Unternehmen. Und vor allem mit den "Expertinnen und Experten in eigener Sache": mit den Menschen in unserem Land. Ihre Alltagserfahrungen, ihre Lebenswirklichkeit sind der Maßstab, an dem sich Politik messen lassen muss.

Darum hat die SPD Zukunftswerkstätten eingerichtet zu den wichtigsten Fragen, denen wir uns alle stellen müssen. Welche Werte sind uns wichtig? Wie wollen wir arbeiten? Was muss eine moderne Wirtschaftspolitik leisten, welche Rahmenbedingungen brauchen Familien und wie kann Integration gelingen? Die besten Antworten darauf und auf weitere Fragen zu finden, braucht Zeit. Das geht nicht in wenigen Wochen. Das geht auch nicht allein in Expertenkommissionen.

Die Zukunftswerkstätten sind darum kein Gremium, sondern ein Prozess und eine Plattform für neue Ideen, auch für Kritik. Eine Plattform für Dialog – in unterschiedlicher Form und überall in Deutschland. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern will die SPD Zukunftskonzepte erarbeiten. Bausteine für ein faires Deutschland.

Familie

Die SPD hat mit ihrer Familienpolitik ein Umdenken erreicht: Seitdem bildet die Unterstützung in den Bereichen Zeit, Geld und (Betreuungs-)Infrastruktur ein Gesamtkonzept für bessere Förderung von Kindern und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch noch viele Aufgaben sind nicht gelöst. Gerade Alleinerziehende sind mit vielen Problemen konfrontiert und Kinderarmut ist noch nicht überwunden. Bereits im Frühjahr 2010 wollen wir hierzu eine Position erarbeiten.

Bis zum Parteitag 2011 werden wir dies in einem familienpolitischen Gesamtkonzept bündeln.

**Es gibt sechs
thematische
Zukunfts-
werkstätten**

mehr dazu unter
www.spd.de

Arbeit - Umwelt – Innovation

Zwei große Fragen unserer Zeit sind in den letzten Monaten aus der Fachdiskussion wieder stärker ins Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt. Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung, die durch den enthemmten Finanzkapitalismus auf die Probe gestellt wird und die globale Bedrohung durch den Klimawandel. Beide Entwicklungen erfordern eine schlüssige Antwort im Sinne eines neuen Wirtschaftsmodells einer sozialen und nachhaltigen Marktwirtschaft. Es darf kein "Weiter so" geben.

Die SPD ist entstanden als eine Partei, die sich für persönliche Freiheit und gesellschaftliche Demokratie eingesetzt hat.

An dieser Tradition mit einem starken emanzipatorischen Anspruch will die SPD anknüpfen und eine neue Leitidee von Demokratie erarbeiten.

Zentrale Feststellungen sind: Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Wer sich Mühe gibt, muss sein Leben verbessern können. Und niemand darf am Wegesrand zurückbleiben.

Demokratie und Freiheit

Die selbst ernannte "bürgerliche" Rechts-Koalition reduziert den Freiheits-Begriff auf eine negative "Freiheit vom Staat". Sie beschränkt damit die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Rolle als Steuerzahler, die im Sinne der Logik "Privat vor Staat" von dieser vermeintlichen Last befreit werden müssen. Das Ziel ist klar: Die Zurückdrängung des Staates. Die Konsequenz ist jedoch eine Schwächung von Demokratie und solidarischem Zusammenhalt.

Bildung

"Bessere Bildung" ist eine der entscheidenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Aufgaben unserer Zeit. So unumstritten diese Aussage in der politischen Debatte ist, so ungeklärt ist der Weg der Realisierung wichtiger Bildungsziele. An den jüngeren Reformen wie "G8" und "Bologna" ist abzulesen, wie eine Weiterentwicklung des Bildungssystems ins Stocken geraten kann, wenn diese Prozesse an der Lebenswirklichkeit von Eltern, Schülern, Studierenden und Lehrenden vorbei organisiert werden. Sie alle sollen darum in den Dialog in der "Zukunftswerkstatt Bildung" einbezogen werden.

Gut und sicher leben

Der beschleunigte Kapitalismus verlangt allen Menschen viel ab. Starre, festgelegte Biografien gibt es kaum noch. Jeder wird zunehmend zum "Manager" seiner eigenen Biografie. Doch die Fähigkeiten, damit umzugehen sind ebenso ungleich verteilt wie die Chancen auf Teilhabe und sozialen Aufstieg. Unsere Gesellschaft hat einen klaren Grundkonsens, der nicht zuletzt auch durch die Sozialdemokratie geprägt wurde.

Integration

Integration ist eine zentrale politische Querschnittsaufgabe und eines der Zukunftsthemen für unser Land. Es geht darum, auf Basis unseres Grundgesetzes, der Grundrechte und unter Mitwirkung aller in Deutschland lebenden Menschen einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, die niemanden ausschließt und allen die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs ermöglicht. Die Voraussetzung dafür muss mehr sein als "nur geübte" Toleranz im Sinne von Dulden. Es geht um die Schaffung einer Kultur der Anerkennung.

aus dem Bundestag

Reform der Jobcenter

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Job-Center vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die Argen Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt.

Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Job-Center verhandelt, der sehr nah an unseren ursprünglichen Forderungen liegt. Die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende berät in dieser Woche erstmalig der Deutsche Bundestag.

Die gesetzliche Neuregelung ermöglicht es, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann.

Gegen den Willen von Schwarz-Gelb, die in ihrer Koalitionsvereinbarung die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen hatten, können die Argen jetzt grundgesetzlich abgesichert und als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit weitergeführt werden.

Das neue Job-Center ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitsuchenden.

Die derzeit bestehenden 69 Optionskommunen, die die Betreuung in eigener Regie wahrnehmen, werden entfristet. Zudem sollen in begrenztem Umfang weitere Optionen ermöglicht werden. Insgesamt soll die kommunale Trägerschaft nicht mehr als 25 Prozent der Aufgabenträger im Bundesgebiet umfassen (inkl. der bestehenden 69 also insgesamt 110 Optionskommunen).

Die SPD konnte damit auch verhindern, dass durch die völlige Freigabe der Option der Bund aus der Verantwortung für die Arbeitsuchenden herausgenommen wird. Bund und Kommunen haben auch weiterhin ein gemeinsames Interesse daran, Arbeitsuchende in Arbeit zu integrieren. Die Steuerung erfolgt über Fach- und Rechtsaufsicht sowie Zielvereinbarungen. Eine Fachaufsicht wird es über die Optionskommunen nicht geben. Hier gilt allerdings eine Rechtsaufsicht und die Steuerung über Zielvereinbarungen mit Controlling und Benchmarking. Es existiert eine umfangreiche Finanzkontrolle.

Der Betreuungsschlüssel in den Job-Centern wird weiter verbessert.

Dies gilt auch für die Optionskommunen. Hier konnten wir uns mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Die entsprechende Betreuungsrelation wird gesetzlich verankert.

Als Festlegung für den Schlüssel sind vorgesehen: Ein Arbeitsvermittler für 75 erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren und ein Arbeitsvermittler für 150 Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Diese gesetzliche Festlegung stärkt die individuelle Betreuung und verbessert die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder in Arbeit zu kommen. Eine der Modell-Kommunen, die mit dem reduzierten Betreuungsschlüssel arbeitet, ist Langenfeld. Dort wird besser beraten und schneller vermittelt.



Bei der AWO-MV in Wersten wurde Karin Kortmann einstimmig als neue Beisitzerin gewählt. Ebenso Reinhilde Pahmeier, die als KassiererIn kandidierte. Kortmann: "Die AWO leistet eine hervorragende Arbeit in ihrem Bürgertreff in der ruckhausenstrasse. Aktiv im Alter ist dort nicht nur ein Slogan, sondern findet jeden Tag durch eine Vielzahl von Aktivitäten statt."

Namen, Daten & Fakten

Impressum:

SüdBlick

Hrsg.: Karin Kortmann
c/o SPD
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf



Ich habe auch eine Website!

Besuchen Sie mich unter:
www.karin-kortmann.de

Fotos: dpa, Michael Gstettenbauer, Karin Kortmann



Karin Kortmann besuchte die **Gemeinde der Kopten** in Düsseldorf. Pfarrer Boulos Shehata, seine Frau und Herr Reda Habib informierten über die Arbeit der Gemeinde.



Martin Schulz, der Fraktionsvorsitzende der SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament sprach letzte Woche zur Wirtschafts- und Finanzkrise und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. U.a. sprach er sich für eine Finanztransaktionssteuer aus. Bei einem Satz von 0,05% könnten damit allein für Deutschland ca. 50 Mrd.

Euro/Jahr eingenommen werden.



Ver.di startete eine fünftägige Mahnwache: Bildung darf keine Ware werden. Dabei haben sie die SPD an ihrer Seite. Karin Kortmann und die Düsseldorfer Landtagskandidaten Markus Herbert Weske, Dirk Jehle, Karl-Heinz Krems und Jürgen Büssov waren beim Auftakt mit dabei.



Während der ZdK-VV haben sich spontan entschieden, als **Katholiken klar gegen die Kopfpause** zu mobilisieren:

Karin Kortmann, Wolfgang Thierse, Georg Hupfauer und Birgit Zenker (beide KAB-Bundesvorstand), Dirk Tänzler, Ursula Fehling, Simon Rapp (alle BDJK-Bundesvorstand), Christa Nickels, Barbara Hendriks, Hans-Georg Hunstig...und noch viele mehr.



Wir konnten unseren Parteivorsitzenden **Sigmar Gabriel in Düsseldorf** begrüßen. Er diskutierte mit Schülerinnen und Schülern über die notwendige Bildungsreform. Rüttgers hätte zwar 8000 neue Lehrerstellen geschaffen. Besetzt habe er sie aber nicht. Verlogene Bilanzen nennt man so etwas. Gabriel legt Wert auf eine gute Ausbildung junger Menschen. "Wir werden die Studiengebühren wieder abschaffen, wenn Hannelore Kraft Ministerpräsidentin ist."

Die SPD wird auf dem Kirchentag mit einem Stand auf der Agora im Bereich „Miteinander leben – Politisches und bürgerschaftliches Engagement“ vertreten sein.

Damit Ihr Hoffnung habt.

2. Ökumenischer Kirchentag
In München



Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD und die Jusos präsentieren sich unter dem Motto „Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“.

Der SPD-Stand befindet sich auf dem Messegelände, Halle B5, Stand B16/C17, 81829 München.

Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD, die BayernSPD-Landtagsfraktion und das Forum Kirche und SPD in München laden am Donnerstag, dem 13. Mai 2010 gemeinsam zum „Jour Fixe-Empfang“. Andrea Nahles, Frank-Walter Steinmeier und der Fraktionsvorsitzende der BayernSPD, Markus Rinderspacher, werden die Gäste begrüßen.

Der „Jour Fixe“ findet statt
ab 20:30 Uhr,
Bayrischer Landtag, Maximilianeum, Steinerner Saal/ Senatssaal, 2. OG,
81627 München.